



An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen
im Hause

21.6.2021

Sehr geehrter Herr Clausen,

zu TOP 4.2: „**Ausbildungsversprechen für Bielefeld**“ der Ratssitzung am 24.6.2021 machen wir folgenden Beschlussvorschlag:

Ausbildungspakt für Bielefeld: duale Ausbildung stärken und neue Chancen für Jugendliche vor Ort eröffnen!

I. Bielefelder Sofortpaket für duale Ausbildung

(1.) Wir bitten den Oberbürgermeister, gemeinsam mit den relevanten Akteur*innen aus Wirtschaft, Handwerk und Gesellschaft die duale Ausbildung in Bielefeld zu stärken – als Beitrag zur Teilhabe junger Menschen und als Beitrag zur Stärkung der heimischen Ausbildungsbetriebe.

(2.) Ziel ist es, dass kein*e Jugendliche*r nach den Regelschuljahren ohne Ausbildungsperspektive bleibt. Wir möchten junge Menschen unterstützen, die bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz noch nicht erfolgreich waren.

(3.) Die Jugendberufsagentur wird gebeten, über die bereits geplanten Maßnahmen hinaus für mit Ausbildung unversorgte Jugendlichen niedrigschwellige und passende Beratungs- und Unterstützungsangebote zu konzipieren und umzusetzen. Es muss uns darum gehen, mit den Arbeitgeber- und Unternehmensverbänden – und unter Beteiligung der Gewerkschaften – für die kommenden Jahre die betrieblichen und praxisorientierten dualen Ausbildungsplätze in Bielefeld auszubauen.

II. Bielefelder Ausbildungspakt

(1.) Der vom Oberbürgermeister initiierte „Ausbildungsgipfel“ soll zu einem Bielefelder Ausbildungspakt weiterentwickelt werden. Ein entsprechendes Konzept soll von Wirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerkschaften und Gesellschaft in Bielefeld breit getragen werden. Die kurzfristigen Planungen für 2021 müssen von der Verwaltung so schnell als möglich entwickelt und mit den Fördermöglichkeiten abgeglichen werden. Der Bielefelder Ausbildungspakt wird regelmäßig einberufen.

(2.) Der Ausbildungspakt wird vielfalts- und geschlechtersensibel angelegt. Die Ergebnisse des „Bielefelder Ausbildungsreports“ dienen als Grundlage für die Umsetzung des Ausbildungspakts.

III. Bielefelder Ausbildungsreport und Potentialanalyse

(1.) Um passgenauer operieren zu können, bitten wir den Oberbürgermeister, die Verwaltung zu beauftragen gemeinsam mit der WEGE und der REGE, mit den handelnden Akteur*innen aus Wirtschaft, Handel, Gewerkschaften und Gesellschaft einen jährlich vorzulegenden „Bielefelder Ausbildungsreport“ zu erstellen.

(2.) Ausgehend von den Berufswünschen und Ausbildungsvoraussetzungen (Schulabschluss und persönliche Eignung/Neigung) der Jugendlichen werden gleichzeitig in Bielefeld Anforderungen und Ausbildungsbedarfe für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erfasst und gegenübergestellt. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Erkenntnisse soll eine Potentialanalyse des Bielefelder Ausbildungsmarktes als Teil des Bielefelder Ausbildungsreports entwickelt werden.

(3.) Die Zukunftsprognosen der sozial-ökologischen Transformation und des digitalen Wandels bilden einen Schwerpunkt der analytischen Grundlage für den Bielefelder Ausbildungsreport.

IV. Bielefelder Ausbildungsfonds

(1.) Die Stadt Bielefeld entwickelt einen **Ausbildungsfonds**, der unbürokratisch und zielgruppenorientiert Förderlücken bei den bestehenden Möglichkeiten nach SGB II, III und VIII und von Bundes- und Landesprogrammen schließt.

(2.) Hierfür wird eine angemessene jährliche Fördersumme zur Verfügung gestellt, um Ausbildungssicherheit über eine gesamte Ausbildungszeit zu gewährleisten. Ziel ist es, gemeinsam mit den Partner*innen (REGE, Jobcenter, Agentur für Arbeit) eine Summe von 2 Mio. Euro jährlich unter angemessener Beteiligung der Stadt Bielefeld zu investieren.

(3.) Das Konzept für den Ausbildungsfonds wird dem Sozial- und Gesundheitsausschuss so schnell wie möglich zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Es wird durch jährliche Berichte evaluiert und falls notwendig aktualisiert. Sollten die bereitgestellten Mittel nicht vollständig ausgeschöpft werden, sollen sie auf das folgende Jahr übertragen werden. Dabei ist neben der finanziellen Beteiligung der Arbeitgeber*innen die Inanspruchnahme von Bundes- und Landesförderprogrammen vorzusehen.

(4.) Zur Umsetzung zusätzlicher Ausbildungsmaßnahmen sollen vorrangig erfahrene Ausbildungszentren genutzt werden, die integrativ ausbilden, über die räumlichen und personellen Ressourcen verfügen, Expertise im Umgang mit benachteiligten Menschen haben und die Ausbildung dual anbieten (Berufsabschlüsse nach BBiG bzw. HWO). Zur Schaffung weiterer Ausbildungsplätze sollen zielgruppenspezifische Konzepte entwickelt werden.

Begründung:

Die duale Ausbildung ist eine wichtige Säule unseres Arbeitsmarktes – eine einmalige Win-Win-Win-Situation: um jungen Menschen einen qualifizierten Start ins Berufsleben zu geben; die Fachkräfte der Zukunft in den Bielefelder Betrieben selbst auszubilden; um damit gute Arbeit in der Stadt Bielefeld zu gestalten. Die duale Ausbildung wird zwar weltweit als Erfolgsmodell bewundert, steckt bei uns aber in einer Krise – verschärft durch die Corona-Pandemie. In Bielefeld steuern wir – nach dem harten Einbruch 2020 – auf ein weiteres Ausbildungsjahr zu, in dem womöglich jede sechste Ausbildungsstelle im Vergleich zum Vorkrisenniveau (2019) weggefallen ist. Ein warnendes Beispiel bildet der Ausbildungsplatzabbau bei großen Bielefelder Industriebetrieben.

Bei den Bewerber*innen hat aktuell sogar – im Vergleich zu 2019 – jede*r dritte junge Mensch davon abgesehen, sich auf Ausbildungsstellen überhaupt zu bewerben. Der genauere Blick offenbart viele Strukturprobleme. Bielefeld hat das Potential, als Vorbild voran zu gehen und allen jungen Menschen, die suchen, eine gute Perspektive zu geben. Gemeinsam, mit einer zukunftsgerichteten Wirtschaft, weiteren Arbeitgeber*innen und einer organisierten Stadtgesellschaft, wollen wir uns den jungen Bielefelder Menschen verpflichten, ihnen eine berufliche Zukunft zu ermöglichen.

Auf der Bundes- und Landesebene gibt es verschiedene Finanzierungs- und Unterstützungsprogramme, die dafür genutzt werden müssen. So wichtig dieses Engagement auch ist: Der Bielefelder Ausbildungspakt muss vor Ort konzipiert und umgesetzt werden.

Prof. Dr. Riza Öztürk,
SPD-Fraktion

Christina Osei,
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Bernd Vollmer,
Fraktion DIE LINKE